**Stillstand und Fortschritt**

**auf dem Weg zur Energie-Wende**

 **(Wichtige Ereignisse im Monat Mai 2022)**

**EINLEITUNG: Bemerkenswerte Ereignisse im Monat Mai fanden vorwiegend auf der internationalen Ebene statt: Von der EU-Kommission wurde ein neues, großes Energiepaket vorgeschlagen. Diskussionen um Flüssiggas-Terminals werden vom Ukraine-Krieg und den Gegebenheiten des internationalen Öl-Marktes bestimmt. Zukunftspläne internationaler Öl- und Gas-Konzerne offenbaren, aus der Energiewende-Perspektive, Schreckliches. Und das G7-Treffen in Berlin wird von einigen Beobachtern optimistisch gesehen, andere monieren, es handle sich bis jetzt nur um Absichtserklärungen.[[1]](#footnote-1)**

1. **Die Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat am 18. Mai das Energiepaket „Repower EU“ vorgestellt, das der Energiewende endlich den entscheidenden Schub verpassen soll.**

* So will die EU bis zum Ende des Jahrzehnts, ihren Energiebedarf decken, **ohne dabei Energie aus Russland zu kaufen**. 300 Milliarden Euro sollen dieses Ziel in Reichweite bringen. Bisherige Klimaziele werden dafür angehoben. Zum Beispiel soll die Solarenergie in den kommenden acht Jahren ausgebaut werden, die Anzahl der Anlagen soll sich verdreifachen. Für Gewerbebauten sollen Solarflächen auf den Dächern ab 2026 verpflichtend werden, für Privathäuser ab 2029. Außerdem soll der Energieverbrauch nicht mehr nur um neun Prozent, sondern um 13 Prozent sinken. Beitragen könnten dazu etwa ein Subventionsverbot für Heizkessel, die fossile Rohstoffe nutzen, ein Förderprogramm für klimafreundliche Heizungen und Millionen Wärmepumpen, europaweit. Weitere Anreize zum Stromsparen könnten durch Steueranpassungen geschaffen werden. Bis 2030 sollen zehn Millionen Tonnen grüner Wasserstoff in der EU produziert und weitere zehn Millionen Tonnen importiert werden. Insgesamt sollen bis zum Ende der Dekade 45 Prozent der Energie in der EU aus erneuerbaren Quellen stammen. Bisher hatte man einen Anteil von 40 Prozent anvisiert **(#03)**.
* **Kritisch wird dazu angemerkt** **(#10, #77)**: Bislang handele es sich nur um Vorschläge. Wie für diese Vorhaben die notwendigen 300 Milliarden € aufgebracht werden können, sei noch unklar. Etwa 20 Milliarden Euro an frischem Geld will die EU einsammeln, indem sie 250 Millionen zusätzliche Emissionszertifikate aus der „Marktstabilitätsreserve“ versteigert, die sonst nicht auf den Markt gekommen wären. U.a. vom „Thinktank Agora Energiewende“ wird dies sehr kritisch gesehen, weil damit der CO2-Preis auf dem Markt gesenkt werde. Weitere Kritikpunkte: Aus Sicht der Deutschen Energieagentur Dena müsste das Energiesparen stärker im Fokus stehen. Und der BUND kritisiert: Dass bei der Ausweisung von Vorranggebieten für Wind- und Solarenergie auch Umwelt- und Naturschutzrechte aufgeweicht und die Mitwirkung der BürgerInnen geschwächt würden, sei "nicht akzeptabel".
1. **Um die Sinnhaftigkeit deutscher Flüssiggas-Terminals wird gestritten (#06, #20, #33):**

Jahrelang verließ sich die Bundesrepublik auf billiges, russisches Pipelinegas, um Millionen Haushalte, die Industrie und künftig – in größerer Zahl – auch Gaskraftwerke zu versorgen. Dies sollte einen schnelleren Kohleausstieg und die Energiewende ermöglichen. Seit einigen Wochen nun **arbeitet die Regierung an einer harten Kurskorrektur**: Statt Pipelinegas soll bald verflüssigtes Erdgas, angelandet per Schiff aus aller Welt, einen möglichst großen Teil des Bedarfs decken. Dafür, so heißt es, brauche Deutschland neue Terminals, um die Fracht löschen zu können.

Dagegen gibt es vielfältige Vorbehalte: zum Beispiel **ökologische Vorbehalte** des Vereins „Deutsche Umwelthilfe“, hier wird mit Hinweis auf die mögliche Gefährdung eines Unterwasserbiotops der Baustopp einer der geplanten Anlagen in Wilhelmshaven gefordert. Kritiker fordern weiterhin: Auch nach den langfristigen Klimafolgen und der **Sinnhaftigkeit des gesamten Vorhabens** sollte gefragt werden. Denn es ist nicht so, dass es in ganz Europa keine Flüssiggasterminals gäbe. Im Gegenteil: Mehr als zwanzig davon sind in der EU in Betrieb, ausgelastet waren sie dagegen zuletzt nicht. Ein Mangel scheint also vor allem am Gas selbst, nicht aber an den entsprechenden Anlagen zu herrschen. Gas aus nicht russischen Quellen könne also mittels der bestehenden Infrastruktur, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und Einsparungen ersetzt werden.

**Weitere Kritik:** Auch das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hält den Neubau von Terminals in Deutschland „aufgrund der langen Bauzeiten und des mittelfristig stark rückläufigen Erdgasbedarfs“ für nicht notwendig. Ähnlich äußern sich der Deutsche Naturschutzring (DNR), der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Deutsche Umwelthilfe (DUH), Germanwatch, Greenpeace, der Naturschutzbund NABU sowie der WWF. Sie alle stören sich am zu schnellen Ausbau von LNG-Terminals: Das sorge für eine Überversorgung mit Gas und gefährde das Klima.

Und der deutsche Energieexperte Hans-Josef Fell kritisiert die LNG-Strategie wie folgt: Mit dem Ausbau der Terminals in Europa werde "billigend in Kauf genommen, dass die Nutzung von LNG – ähnlich wie von russischer Energie – politische Verwerfungen mit erheblichen geopolitischen Auswirkungen in vielen anderen Weltregionen hervorruft". Er verweist auf knappe Kapazitäten im globalen Erdgasmarkt. Exporteure wie Katar könnten nur dann nach Europa liefern, wenn sie dafür bei ihren anderen Kunden kürzen. Viele Länder, die weniger zahlungskräftig als die EU sind, würden dann vom Erdgas abgehängt. "Aufstände, Krisen, Kriege drohen nun genau jenen Ländern", warnte Fell.

1. **Internationale Öl-, Kohle und Gas-Konzerne planen – für das kommende Jahrzehnt – in großer Zahl neue Quellen zu erschließen und den Markt entsprechend zu fluten. Sie könnten damit das 1,5-Grad-Ziel kippen (#46).**

**Öl und Gas:** Allein in den nächsten sieben Jahren sollen Förderprojekte starten, die so viel CO2-Äquivalente emittieren, wie China nach heutigem Stand innerhalb eines Jahrzehnts ausstößt, heißt es in einer Recherche des britischen „Guardian“. Längerfristig könnten diese Projekte sogar bis zu 646 Milliarden Tonnen CO2 produzieren: Das ist mehr als das noch verfügbare weltweite CO2-Budget, das noch bleibt, um das 1,5-Grad-Limit einzuhalten. Die Bohrungen für diese Projekte haben schon begonnen.

Die AutorInnen der Recherche betonen, dass es dabei nicht nur um Unternehmen aus dem Nahen Osten oder Russland geht. Auch Konzerne aus den USA, Kanada und Australien gehörten zu den Ländern mit riesigen Expansionsplänen. Zwei Drittel der kurzfristigen Öl- und Gasprojekte befinden sich laut der Recherche im Nahen Osten, in Russland und Nordamerika. Die Liste der Unternehmen mit den größten Förderplänen führt Quatar Energy an, gefolgt von Gazprom, Saudi Aramco, ExxonMobil und dem brasilianischen Ölgiganten Petrobras. Auf Platz neun und zehn stehen der niederländische Konzern Shell und die britische BP. Sieben dieser Top-Ten-Unternehmen nutzen für ihre Förderung zudem umstrittene Technologien wie Fracking, Bohrungen in der Tiefsee und in der Arktis sowie die Ausbeutung von Ölsanden.

Auch was die zukünftigen Veränderungen der **Kohle-Märkte** betrifft, ist Pessimismus angebracht: In Europa fiel der Zuwachs 2021 mit 20 Prozent besonders steil aus. Das sei aber nur ein "Ausreißer", so Autoren der IEA, langfristig werde sich der Niedergang der Kohle in Europa und den USA fortsetzen. Jedoch wird das durch einen höheren Bedarf in Asien in den nächsten Jahren wohl mehr als wett gemacht, 2024 dürfte die Welt laut der Prognose wohl noch mehr Kohle verbrauchen als heute. In China, wo die Hälfte der weltweiten Kohleproduktion verfeuert wird, könnte der Verbrauch bis dahin um vier Prozent steigen, in Indien sogar um zwölf. Und der Krieg gegen die Ukraine dürfte die Nachfrage eher noch ankurbeln **(#01)**.

1. **Ab 18. Mai berieten VertreterInnen der G7 in Berlin über die Klima-, Energie- und Umweltpolitik der sieben führenden Industrienationen. Es fielen viele große Worte, aber diesen Worten, so fordern kritische Beobachter, müssten dringend Taten folgen. (#53, #64, #66).**

Wie sie ihre Vorreiterrolle ausfüllen wollen, fassten die G7-Staaten in einem Abschlusskommuniqué zusammen. Darin ist zum Beispiel festgehalten, dass sich die wichtigsten Industrienationen erstmalig zum Ziel einer überwiegend **dekarbonisierten Stromversorgung** bis 2035 verpflichteten. (Kritiker fragen: „was bedeutet überwiegend“?) Die G7 verpflichten sich weiterhin, die direkte internationale öffentliche Finanzierung fossiler Energieträger bis Ende 2022 zu beenden – bis auf Ausnahmen in limitierten Fällen. Die Staaten bekräftigen ihre Verpflichtung, „ineffiziente“ fossile Subventionen bis 2025 zu beenden. (Kritiker fragen: „Sollen Subventionen in »effiziente« fossile Energieträger also weiterhin gebilligt und getätigt werden?“) Und erstmals haben sich die sieben größten Industriestaaten der Welt geschlossen auf ein Ende für klimaschädliche Kohlekraftwerke verständigt – freilich ohne ein Enddatum festzulegen.

Alle G7-Länder, jetzt auch Japan, **stellen ihre Exportfinanzierung** für Kohle ein. Bis 2030 soll ihr Verkehrssektor „in hohem Maße“ dekarbonisiert sein, also ohne Verbrennungsmotoren laufen. Die Industrieländer wollen sich auch auf Standards einigen, was als „grüner“ Stahl und Zement gelte, um den Sektor in Schwung zu bringen. Den Ausbau des grünen Wasserstoffs wollen sie ebenfalls vorantreiben. Beim Ausbau der Erneuerbaren sprechen sie von einer Verdreifachung, und sie wollen den Klimakiller Methan energischer bekämpfen.

International wollen die G7 in einem „Klima-Club“ ihre Politik abstimmen und weiter **Schwellenländern wie Südafrika helfen**, von der Kohle loszukommen. Dazu kommt das Versprechen, jeweils ein Drittel der Land- und Meeresgebiete unter Naturschutz zu stellen, die Kreislaufwirtschaft zu stärken und Handelsketten sozialer und ökologischer zu organisieren. Die westlichen G7-Industriestaaten senden auch Signale an die Entwicklungsländer, dass sie zu Fortschritten im UN-Prozess im Herbst bereit sind: Zum ersten Mal lassen die Industrieländer in dem Text ausdrücklich die Bereitschaft erkennen, beim heftig umstrittenen Thema „Verluste und Schäden“ konkret zu verhandeln. Dabei geht es um Schadensersatz für bereits akute Klimaschäden. Auch soll es für arme Länder mehr Geld für die Anpassung an den Klimawandel geben – allerdings sollen es insgesamt nicht mehr Hilfen sein, als die bislang schon zugesagten 100 Milliarden Dollar jährlich, bei denen die Industriestaaten ihre Versprechen derzeit nicht einhalten. Klarheit über höhere Hilfen soll es erst 2024 geben. „Dass hier klare Zusagen fehlen, ist für viele Länder enttäuschend“, sagt Brick Medack von der Umweltorganisation E3G. Eine Formulierung, dass die G7 die Investitionshilfen für saubere Techniken in den Entwicklungsländern von „Milliarden zu Billionen“ aufstocken wollen, die zwischenzeitlich aus dem Text rausgeflogen war, kehrte in den Endtext zurück. Allerdings fehle der Zusatz, dass sich der Ausbau der Erneuerbaren in diesen Ländern dadurch versiebenfachen muss, um die globalen Klimaziele zu erreichen.

**Das Abschlusspapier** sei schön und die Bestandsaufnahme sehr gut, sagte Volker Quaschning, Professor für Regenerative Energiesysteme an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. „Wenn dann nicht nur Papier bedruckt wird, sondern tatsächlich Handlungen ausgelöst werden, (…) dann hat diese Konferenz Erfolg gehabt.“ Bisher, sagte der Wissenschaftler weiter, sei aber „alles noch ein bisschen schwammig“. Auch Claudia Kemfert, Professorin für Energiewirtschaft und Leiterin der Abteilung Energie, Verkehr und Umwelt am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, erklärte die Pläne der G7 klängen gut – doch bislang handele es sich um „Lippenbekenntnisse, den Worten müssen schnell echte Taten folgen“.

1. **Wie sehr der menschliche Fleischkonsum die Öko-Sphäre belastet, wird durch folgende Bilder veranschaulicht (#48).** (Erstes Bild: Angaben in Milliarden Hektar)





**LITERATUR**

**#01:** [**https://www.sueddeutsche.de/wissen/kohle-klimawandel-ukraine-russland-china-1.5581820**](https://www.sueddeutsche.de/wissen/kohle-klimawandel-ukraine-russland-china-1.5581820)

**#03:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-krise-wie-sich-die-eu-den-turbo-fuer-die-energiewende-vorstellt-a-1040bd9f-0a88-4c4d-bed4-0d2db9232200**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-krise-wie-sich-die-eu-den-turbo-fuer-die-energiewende-vorstellt-a-1040bd9f-0a88-4c4d-bed4-0d2db9232200)

**#06:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/fluessiggas-plaene-die-oekologisch-fragwuerdige-lng-offensive-a-5849fce7-6227-4959-b15f-0ea5e08eaa62#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/fluessiggas-plaene-die-oekologisch-fragwuerdige-lng-offensive-a-5849fce7-6227-4959-b15f-0ea5e08eaa62#ref=rss)

**#10:** [**https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimaschutz-eu-emissionshandel-1.5588068?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/klimaschutz-eu-emissionshandel-1.5588068?source=rss)

**#20:** [**https://taz.de/Umweltverbaende-attackieren-Ampel/!5854467/**](https://taz.de/Umweltverbaende-attackieren-Ampel/%215854467/)

**#33:** [**https://www.klimareporter.de/europaische-union/fluessiggas-terminals-ohne-mehrwert**](https://www.klimareporter.de/europaische-union/fluessiggas-terminals-ohne-mehrwert)

**#46:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/geplante-oel-und-gasprojekte-weltweit-195-kohlenstoffbomben-bedrohen-das-weltklima-a-75e1cce0-e16b-4e29-9d27-276f285b2413#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/geplante-oel-und-gasprojekte-weltweit-195-kohlenstoffbomben-bedrohen-das-weltklima-a-75e1cce0-e16b-4e29-9d27-276f285b2413#ref=rss)

**#48:** [**https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/fleischkonsum-bringt-die-welt-an-belastungsgrenze-e597320/?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/projekte/artikel/wissen/fleischkonsum-bringt-die-welt-an-belastungsgrenze-e597320/?source=rss)

**#53:** [**https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-krise-was-haben-das-weltwirtschaftsforum-in-davos-und-das-g7-treffen-in-berlin-gebracht-a-44abc0d2-520c-4496-94df-af69e5f28657#ref=rss**](https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klima-krise-was-haben-das-weltwirtschaftsforum-in-davos-und-das-g7-treffen-in-berlin-gebracht-a-44abc0d2-520c-4496-94df-af69e5f28657#ref=rss)

**#64:** [**https://www.sueddeutsche.de/politik/international-g7-staaten-wollen-aus-der-kohle-stromerzeugung-aussteigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220527-99-450091?source=rss**](https://www.sueddeutsche.de/politik/international-g7-staaten-wollen-aus-der-kohle-stromerzeugung-aussteigen-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220527-99-450091?source=rss)

**#66:** [**https://taz.de/Gruenes-Gewissen-der-Industrielaender-tagt/!5855492/**](https://taz.de/Gruenes-Gewissen-der-Industrielaender-tagt/%215855492/)

**#77:** [**https://www.klimareporter.de/europaische-union/so-will-die-eu-weg-von-russischer-energie**](https://www.klimareporter.de/europaische-union/so-will-die-eu-weg-von-russischer-energie)

1. **Quellen** dafür sind Online-Artikel aus Zeitungen und Zeitschriften. Diesbezügliche Literaturhinweise befinden sich am Anfang oder Ende der folgenden Textabschnitte bzw. am Ende dieses Berichts unter der Überschrift „Literatur“. Symbol der Literaturhinweise: # [↑](#footnote-ref-1)